

Die Gewerkschaft.

Organ für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Verlag, Expedition und Redaktion:
Berlin W. 57, Bülowstr. 21.
 — Telephone: Amt 9, Nr. 6455. —
 Die Gewerkschaft erscheint alle 14 Tage Freitags.
 Redaktionschluss:
 8 Tage vor dem Erscheinen.

Motto:
Staats- und Gemeinde-Betriebe
solten Musterinstitute sein.

Bezugspreise.
 Durch die Post (Zeitungspost Nr. 3028) ohne Bestellgeld
 0,80 M. vierteljährlich, unter Streifenband 1,00 M. Einzel-
 Nummer 0,20 M.
 — Auslagen. —
 Die dreispaltige Petitzeile 30 Pfg.; bei Wiederholung billiger;
 für die Organisationen der Gemeinde- und Staatsarbeiter 15 Pfg.

Nr. 12.

Berlin, den 13. Juni 1902.

6. Jahrg.

Gewerkschaften und Konsum-Genossenschaften.

X. Wenngleich die deutschen Gewerkschaften in der letzten Hälfte der 90er Jahre einen erfreulichen Aufschwung genommen haben, wodurch mancher beachtenswerter Erfolg errungen wurde, so müssen sich doch angesichts der verheerenden Geschäftskrise mit ihrem Gefolge von Noth und Elend die deutschen Arbeiter darüber klar werden, daß ihre derzeitigen Machtverhältnisse bei Weitem nicht ausreichen, um dem kapitalistischen Unternehmertum einen wirksamen Damm entgegenzusetzen zu können. Wir besitzen nur einen geringen Einfluß zur Milderung der Krise, wobei die Arbeitslosenunterstützung der Regierung und Parlament noch sehr wenig Neigung zeigen, den Opfern des geschäftlichen Niedergangs in wirksamer Weise beizustehen. Im Gegenteil, gerade in dieser Zeit der Noth und Entbehrungen des arbeitenden Volkes sind Regierung und Reichstag eifrig bemüht, durch künstliche Verteuerung der Lebensmittel, durch Hemmung von Handel und Verkehr in Folge der Erhöhung der Zölle auf ausländische Produkte die Lebenshaltung des Volkes noch mehr herabzusetzen, also die Folgen der Krise noch zu verschlimmern, anstatt sie zu mildern. In Folge dieser Stellung der herrschenden Klassen drängt sich uns die Frage auf: „Auf welche Weise erweitern die Arbeiter am vortheilhaftesten und praktischsten ihre Machtstellung?“ Diese Erweiterung wird vor allen Dingen auf wirtschaftlichem Gebiet stattfinden müssen, denn es ist eine historische Thatsache, daß die politische Macht immer der Ausfluß der wirtschaftlichen Macht war. Die Anfänge zur Erreichung derselben sind bereits gemacht durch die Bildung von Organisationen, und es wird sicher eine der vornehmsten Aufgaben der Arbeiter bleiben, ihre Gewerkschaften durch Heranziehung der noch fernstehenden Berufscollegen zu stärken und zu kräftigen im Widerstande gegen die Kapitalmacht. Denn starke und mächtige Gewerkschaften bilden für die Arbeiter die Grundlage ihrer wirtschaftlichen Macht. Zudem ist durch die Gewerkschaften Lohn- und Arbeitsbedingungen gehoben werden, ist aber noch ein anderer wirtschaftlicher Faktor ganz besonders geeignet, den Arbeitern die Früchte ihrer Erzeugnisse möglichst zu sichern, und dies geschieht durch die Konsum-Genossenschaften.

Erfreulicherweise scheint ja auch in letzter Zeit das Verständnis für die Bedeutung dieser Genossenschaften sowohl in Deutschland, wie auch in Oesterreich, wo ihre bisherige Entwicklung noch am meisten zu wünschen übrig ließ, zuzunehmen. So bringt Robert Preußler in dem Organ der Gewerkschaftskommission Oesterreichs, betitelt: „Die Gewerkschaft“, einen bemerkenswerten Aufsatz über die „Gewerkschaftsbewegung und die Konsum-Genossenschaften“, in welchem er u. A. jagt: „Ohne von unserem bisherigen Standpunkte im Geringsten abzuweichen zu sein, sind wir toleranter und praktischer geworden und verabscheuen die revolutionäre Phrase, weil wir gelernt haben, daß uns nur die Anwendung aller uns zu Gebote stehenden Organisationsformen kampffähig macht zur Erfüllung unserer großen historischen Aufgaben.“ Auch Karl Kautsky äußert sich über die Genossenschaftsbewegung fol-

gendermaßen: „Früher oder später ist in jedem Lande die Genossenschaftsbewegung berufen, neben dem Kampf der Gewerkschaften um Beeinflussung der Produktionsbedingungen, neben dem Kampf des Proletariats um die Macht in Gemeinde und Staat, neben dem Bestreben von Gemeinde und Staat nach Ausdehnung und Vermehrung der von ihnen beherrschten und verwalteten Produktionszweige eine nicht unwichtige Rolle im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse zu spielen.“

Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften ist mannigfacher Art, betrachten wir zunächst den persönlichen Nutzen der Mitglieder. Der schon von mir erwähnte Robert Preußler schreibt über diesen Punkt u. A. Folgendes: „Aus einem Zeitalter des Kleinhandwerks sind wir in ein Zeitalter des Kleinhandels gekommen; der Antheil der Arbeiter am Produkt steigt durch den Kampf der Gewerkschaften, und je mehr die Gewerkschaftsbewegung vorwärts schreitet, desto erfolgreicher gestalten sich die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit für die Arbeiter. Was aber durch den Detailhandel bleibt, ist die steigende Ausbeutung des Arbeiters als Konsument die ihn u. den Erfolg seines Kampfes beträgt. Die 400 000 gewerblichen Arbeiter Wiens müssen aus ihren Lohngrößen mindestens die Erhaltung von 100 000 Personen aus dem Kleinhandel auf sich nehmen. Sie sind in ihrem Einkauf abhängig von den Lebensmittel- und Klebhändler, von den Bäckern, Gastwirthen, Metzgerhändlern, müssen die schlechtesten Lebensmittel um einen Preis einkaufen, der oft über 150 pCt. des ursprünglichen Werthes geht.“

So wird z. B. in Deutschland für Brennwein ein Gesamtbetrag von 660 Millionen Mark ausgegeben. Davon entfallen auf den Produzenten 84 Millionen, auf den Staat 140 Millionen, auf den Verkäufer 436 Millionen Mark. Aus solchen und ähnlichen Zahlen, die sich auf andere Artikel beziehen, läßt sich schlussfolgern, daß die arbeitenden Klassen als Konsumenten um Hunderte von Millionen Mark alljährlich ausgebeutet werden. Die Konsumgenossenschaften hingegen verfolgen den Grundzweck, den Konsumenten der Arbeitsprodukte den Bezug derselben so billig zu verschaffen, daß unter möglichstem Ausschluß des Kapitalprofits und gleichzeitiger Ausschaltung jedweder überflüssiger Arbeitsleistung im Waarenpreise so viel wie möglich nur der gerechte Entgelt für die in den Waaren verkörperte rothwendige Arbeitsleistung hervortritt.

Last die gesammte deutsche Konsumbewegung steckt noch in den Kinderschuhen, ihren Hauptimpuls bildet immer noch die Dividendenvertheilung; aber der genossenschaftliche Geist und das genossenschaftliche Denken bedarf zur kräftigen Weiterentwicklung höherer Gesichtspunkte, ein höheres Ziel, und dieses ist die Erreichung größerer ökonomischer Macht. Den Beweis für diese Ansicht liefern im weitgehendsten Sinne die englischen und schottischen Gewerkschaften, und es wird von Interesse sein, wenn wir uns die Statistik vom Jahre 1900 etwas näher betrachten.

Azahl der Genossenschaften	1631
Verbindende Genossenschaften	1602
Mitgliederzahl	1.827.653
Antheile	462.074.580 M.
Umsatz	1.545.537.100
Reingehinn	171.467.000
Angewandtes Kapital	24.138.610

Der Werth der von den verschiedenen Genossenschaften hergestellten Erzeugnisse belief sich insgesammt auf 129 508 860 Mk. Beschäftigt wurden von den Genossenschaften außer den direkt beim Verkauf Beteiligten noch Bauarbeiter, Bergleute, Metallarbeiter, Weber, Schuhmacher, Schneider, Buchdrucker, Tischler, Bäcker, Müller, im Ganzen etwa 75 000 Personen. Gegenwärtig stehen die englischen Genossenschaften im Begriff, ein Kohlenlager anzukaufen, um für ihre Mitglieder billigere Kohlen zu erhalten.

Die Großverkaufsgesellschaft dänischer Konsumvereine hat kürzlich eine der größten Tabakfabriken Dänemarks käuflich erworben, damit ist zugleich für die Mitglieder der Konsumvereine der Einfluß des Tabakfabrikanten-Ringes gebrochen. Auch die englische Großverkaufs-Genossenschaft Cooperative Wholesale Society hat einigen kapitalistischen Syndikaten, wie z. B. dem Wehl- und Spedring, ihre Macht über die Konsumgenossenschaften genommen. Es ist also nicht richtig, wenn behauptet wird, daß dieselben zur Durchbrechung der Macht der Syndikate zu schwach seien, es wird wenigstens mit zunehmender Ausdehnung des genossenschaftlichen Gebiets in vielen Fällen möglich sein, der Ausbeutung der Ringe und Trusts zu entgegen.

Die höchste Bedeutung der genossenschaftlichen Konsumvereinigungen besteht aber nach meiner Ueberzeugung darin, daß die arbeitende Klasse bestrebt ist, allmählich höhere soziale Produktions- und Organisationsformen zur Entwidlung zu bringen, welche die Vorbedingung zu einer höheren Gesellschaftsform bilden.

So bilden denn die genossenschaftlichen Konsumorganisationen eine wichtige Ergänzung der gewerkschaftlichen Vereinigungen zur Erreichung besserer, vollkommener gesellschaftlicher Verhältnisse, und je mehr sie sich an Mitgliederzahl ausdehnen, desto größer wird ihre Bedeutung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet.

Denn es ist ein verhängnißvoller Irrthum, zu glauben, die Erbschaft der kapitalistischen Klasse könne je einem degenerierten, mit Noth und Elend kämpfenden Proletariat zufallen; nein, wer die Macht hat, hat auch das Recht, fügen wir also der gewerkschaftlichen noch die konsumgenossenschaftliche Organisation hinzu, so werden wir auch bald ein gewichtiges Wort im Rath der herrschenden Klassen reden können, das seine Wirkung nicht verfehlen wird, wir werden aber auch zugleich unsern gemeinsamen hohen Zielen desto eher und besser näher kommen.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Mehrere gewerkschaftliche Verbände hielten in den letzten Wochen ihre General-Versammlungen ab: außer dem tagten einige Berufsconferenzen. Der „Vorwärts“ schreibt über dieselben Folgendes:

Die General-Versammlungen und Kongresse der gewerkschaftlichen Organisationen sind von Bedeutung nicht nur für die Angehörigen der betreffenden Berufe, sie haben auch ein erhebliches Interesse für Jeden, der mit Aufmerksamkeit auf die Arbeiterbewegung beobachtet. In den Beratungen und Beschlüssen der gewerkschaftlichen Organisationen, sowie an den Redensarten der Berichtenden über ihre Thätigkeit und ihre Leistungen kann man erkennen, ob und in welchem Maße die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung vorwärts schreitet. Die

Kongresse und Verbandstage, welche in der Pfingstwoche und kurz vor Pfingsten taaten, bieten mancherlei Stoff zu Betrachtungen, und um es gleich vormeig zu sagen: das Gesamtbild, welches sie geben, ist ein erschütterndes. Zeigt es doch, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung gefestigt ist, daß sie den Arbeitern einen starken Rückhalt bieten kann, und daß sie richtig fortzuschreiten zu den Zielen, die sie sich gesteckt hat.

Nachdem die Verbände der Holzarbeiter und der Brauer bereits vor Pfingsten ihre Tagungen beendet hatten, traten in der Pfingstwoche selbst die Kongresse einer ganzen Reihe gewerkschaftlicher Organisationen zusammen. Es waren die Verbände der Bergarbeiter, der Handlungsgehilfen, der Porzellanarbeiter, der Steinarbeiter, der Buchdrucker, die Maschinenleger sowie die Möbeler und Rohrbühler Delegiertentage ab. Diese letztgenannten drei Vereine sind noch verhältnismäßig jung und verfügen nur über eine nicht bedeutende Zahl von Arbeitern. Ihre Beratungen hatten in erster Linie den Zweck, eine Organisation der betreffenden Vereine für ganz Deutschland zu schaffen. Während die Maschinenleger, so wie die Möbeler und Rohrbühler auf den Anstoß an einen der für sie verwandten Vereine bestehenden großen Verbände versicherten und eigene kleine Organisationen unter Anstoß an die Vereinigung deutscher Gewerkschaften gründeten, schlossen sich die Buchdrucker der Organisation der Steinarbeiter und Lithographen an. Mit der Frage: „Welche Organisationsform haben wir uns zu geben?“ beschäftigte sich auch der Kongreß der Steinarbeiter. Für diesen Verein bestand bisher nur ein ziemlich lose gefügtes Organisationsgebilde. Jetzt haben die Steinarbeiter die feste Form der Zentralisation angenommen und damit den Grund zu einer weiteren erheblichen Entwicklung ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit gelegt.

Für die übrigen hier angeführten Gewerkschaften ist die Form der Organisation eine längst erprobte Angelegenheit, und somit ist sich mit Organisationsfragen befassen, waren dieselben nicht von grundlegenden Bedeutung, sondern sie galten dem inneren Ausbau, der zweckmäßigeren Einrichtung eines auf sicherem Fundament ruhenden, in Sturm und Wetter erprobten Gebäudes.

Daß die Gewerkschaftsbewegung auf sicherer Grundlage ruht, daß sie selbst durch die Wucht der wirtschaftlichen Krise nicht erschüttert oder auch nur wesentlich beeinträchtigt werden konnte, das haben uns die Redenschaftsberichte der hier in Rede stehenden Organisationen gezeigt. Zwar haben alle Gewerkschaften die Wirkung der Krise zu fühlen bekommen. Ausgedehnte Arbeitslosigkeit der Mitglieder und als Folge davon auf der einen Seite geringere Einnahmen, auf der anderen Seite aber erhöhte Ausgaben, das sind die Nachteile, welche die Gewerkschaften durch die wirtschaftliche Krise hatten. Trotzdem aber haben die Gewerkschaften die Krise ungebrochen überstanden.

Während der wirtschaftlichen Niedergang zu Anfang der neunziger Jahre eine wahre Flut aus den Gewerkschaften zur Folge hatte, ist der Mitgliederstand während der jetzigen Krise im Allgemeinen nicht nur konstant geblieben, sondern verschiedene Gewerkschaften haben sogar eine Vermehrung ihrer Mitgliederzahl erfahren. Bei den Porzellanarbeitern sahen wir allerdings einen ziemlich bedeutenden Rückgang. Die Holzarbeiter haben nur wenig an Mitgliedern eingebüßt. Tagelöhner haben

die Brauer eine beträchtliche und die Bergarbeiter eine sehr bedeutende Zunahme an Mitgliedern während der Krisenzeit erfahren. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die starke Vermehrung der Bergarbeiter Organisation auf den Umstand zurückführt, daß die Unternehmer in der Montanindustrie gerade während der Krise mit unerhörten Verschärfungen der Arbeitsverhältnisse vorgingen, und daß dadurch den Bergarbeitern die Nothwendigkeit des Zusammenschlusses so recht klar gemacht wurde.

Im Verband der Handlungsgehilfen sehen wir gleichfalls eine verhältnismäßig bedeutende Mitgliederzunahme. Zwar ist die absolute Zahl der Mitglieder noch klein, aber die beträchtliche Vermehrung legt doch Zeugnis dafür ab, daß unter den Proletariern im Handelsgewerbe der Standesbünfel mehr und mehr schwindet, um dem Massenbewußtsein Platz zu machen.

Wenn die schwere wirtschaftliche Krise den Gewerkschaften so wenig anhaben konnte, wenn sie aus der schwersten Zeit nicht geschwächt, sondern gestärkt und gestärkt hervorgehen konnten, so ist das der beste Beweis dafür, daß unsere Gewerkschaftsbewegung auf unerschütterlicher Grundlage beruht, daß sie einen festen Stamm von Mitgliedern ihr eigen nennt, der, von der Nothwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes überzeugt, unter allen Umständen an seiner Organisation festhält. Allerdings gibt es neben dem festen Mitgliederstamm in vielen Vereinen immer noch eine große Zahl von Arbeitern, die in den Organisationen bald ein und ausziehen, ohne ihr dauernd treu zu bleiben. Um auch diese dauernd an die Gewerkschaften zu fesseln, sucht man ihnen Vortheile zu bieten durch den Ausbau und die Erweiterung des Unternehmenseins, und in dieser Hinsicht ist es vor allem der Gedanke der Arbeitslosenunterstützung, der sich ein immer weiteres Feld erobert. Von den diesmaligen Verbandstagen waren es die der Holzarbeiter und der Buchdrucker, welche die Unterstüzung der Arbeitslosen einführen.

Nur der Kongress deutscher Gewerkschaftsorganisationen tagten in der Pfingstwoche auch zwei internationale Kongresse: In Hamburg die Richter und in Düsseldorf die Bergarbeiter. Während die Beratungen der Richter hauptsächlich dem Ausbau und der Vervollständigung der internationalen Beziehungen der Berufsangehörigen galten, befaßten sich die Bergarbeiter neben der Erledigung der gleichen Aufgabe vor allem mit den Forderungen, die die Bergarbeiter hinsichtlich des Arbeiterlohnes in ihrem gefährlichen Beruf an die Gewerkschaft stellen. Aus den Berichten, welche die Delegierten der verschiedenen Nationen gaben, geht hervor, daß die Bergarbeiter in Österreich sowie im Ruhrgebiet und an der Saale, in Frankreich sowie in England und Frankreich liberal unter den gleichen ungünstigen Verhältnissen zu leiden haben. Dem Grade nach verschieden, in der Art aber überall gleich, ist der Bergarbeiter der schrankenlosesten Ausbeutung des Unternehmenseins ausgesetzt. Einiges Unternehmenseins, welches im Interesse des Profits in gewissenloster Weise Leben und Gesundheit Tausender von Arbeitern auf's Spiel setzt und die selbstverständlichen Schutzmaßnahmen gegen die den Bergmann täglich und stündlich bedrohenden Gefahren außer Acht läßt. Daß diesem freudhaften Spiel mit Menschenleben gesetzliche Schranken entgegengestellt werden, das ist es vor allem, was die

Bergarbeiter auf ihrem internationalen Kongreß forderten.

Als Ergebnis der besprochenen Kongresse und Verbandstage sehen wir auf der einen Seite: Forderungen an die Gewerkschaft zum Schutze der Arbeiter; auf der anderen Seite: Ausbau und Festigung der Berufsorganisation in der Erkenntnis, daß die berechtigten Forderungen der Arbeiter, welcher Art sie auch sein mögen, nicht verwirklicht werden können, wenn nicht eine machtvolle, möglichst alle Berufsangehörigen umfassende Organisation den Forderungen Nachdruck verleiht.

Zur Aufklärung der Mitglieder der Filiale Dresden!

Es besteht bei vielen Mitgliedern noch Unklarheit über die Einrichtung von Beiträgen für die Filiale Dresden. Jedes Mitglied hat zu entrichten: Verbandssteuer 15 Pf. pro Woche, außerdem jeden Monat 10 Pf. Beitrag für die örtliche Verwaltung. Bei jedem Todesfall eines Mitgliedes sind ferner 10 Pf. zu entrichten; bis jetzt muß jedes Mitglied, welches am 1. April d. J. dem Verbandsangehörte, eine Sterbesteuern markte eingeklebt haben. Mitglieder, welche in Fällen der Erwerbsunfähigkeit infolge von Krankheit Unterstützung beziehen wollen, haben auch 10 Pf. Krankensteuer pro Woche zu entrichten.

Die Beiträge werden von den in Dresden wohnenden Mitgliedern alle 14 Tage bei Ausgabe der „Gewerkschaft“, Sonnabend Abends oder Sonntag in den Vormittagsstunden, durch Bezirkskassierer in den Wohnungen der Mitglieder abgeholt. Die Mitglieder werden dringend erucht, durch regelmäßiges und schnelles Abfertigen ihrer Verbindlichkeiten die Beitragskassierer zu unterstützen. Das Kassieren auf Arbeitsplätzen ist möglichst zu unterlassen und nur dort vorzunehmen, wo es unumgänglich ist, die Mitglieder in ihrer Wohnung aufzusuchen.

Unterstützung in Krankheits- und Sterbefällen kann nur den Mitgliedern gewährt werden, welche ihren in den Statuten festgesetzten Pflichten pünktlich nachgekommen sind.

Beitritt der Gewinnung neuer Mitglieder hat es sich bewährt, daß die Mitglieder bekannte Arbeitskollegen dem Verbandszugeführt haben. Es soll dieses Ehemal weiter ausgebaut werden, und in dieser Nummer der „Gewerkschaft“ für Dresden je ein Aufnahmechein beigefügt werden.

Die Beitragskassierer finden sich jeden zweiten Sonnabend im Gewerkschaftshaus zu einer Sitzung zusammen, um ihre Meinungen gegenseitig auszutauschen, sowie die Abrechnung einflussreicher Beiträge zu besorgen. Auch haben sie zu berichten, in welcher Weise die Mitglieder ihren Pflichten nachkommen. Die Sitzungen beginnen halb 7 Uhr Abends, und haben auch Auskunftsbegehrende Mitglieder Zutritt.

Die Ortsverwaltung.
A. A. Joh. Vösch.

Die Laplace'sche Weltbildungstheorie.

Die wertvollste, vorläufig allerdings noch nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellten Erscheinungen, die der neue Stern im Bereich bietet, haben die Aufmerksamkeit auch der Laien wieder auf die Laplace'sche Theorie von der Entstehung der Welt gerichtet, und es dürfte daher angemessen sein, auf ihren Inhalt etwas näher einzugehen.

In seiner 1755 erschienenen „Naturgeschichte des Himmels“ suchte Kant nachzuweisen, daß die Entstehung des Sonnensystems auf Grund mechanischer Gesetze ohne unmittelbares Eingreifen übernatürlicher Kräfte erklärbar ist, und ferner, daß alle Körper des Sonnensystems einen einheitlichen Ursprung haben. Diese beiden Gedanken werden auch gegenwärtig als richtig angesehen, aber die Beweisführung Kants ist unzulänglich, ja völlig irrig. Eine bessere Begründung gab später der Mathematiker Laplace in Paris seinen Ideen, die mit den Grundgedanken Kants übereinstimmen. Laplace ging davon aus, daß im Zentrum unserer Sonne und der zu seiner Zeit bekannten Planeten 43 verschiedene Bewegungen, alle in der nämlichen Richtung von Westen nach Osten hin stattfindend, auf Grund dieser Thatfache und an der Hand einer mathematisch physikalischen Auffassung kam Laplace zu der Vorstellung, daß die Sonne ursprünglich den zentralen Kern eines Nebelflecks von hoher Temperatur gebildet habe, der sich weit über die Bahn des heutigen äußeren Planeten erstreckte. Dieser Nebelfleck drehte sich in der Richtung von Westen nach Osten um sich selbst. Durch Austrahlung seiner Wärme kühlte er sich ab, wodurch Kondensation und damit die Zunahme seiner Umdrehungsgeschwindigkeit eintrat. Diese letztere wirkte mit der Zeit dazu führen, daß sich am Äquator des Nebelflecks Massenentlastungen absonderten und einen Gürtel, einen rotirenden Ring bildeten, welcher vorwiegend sich im Laufe der Zeit wiederholte. Der Bestand solcher Ringe konnte aber im Allgemeinen kein dauernd sein, vielmehr mußten diese nach und nach brechen und die nebelfleckige Materie bildete nun Äquator, welche in der nämlichen Richtung wie die ursprünglichen Ringe rotirten. Diese Äquator sind die Vorformen der fixierten Planeten. Da sie noch immer Nebel oder gasförmig

waren, so konnte sich bei ihnen der ursprüngliche Vorgang wiederholen, d. h. infolge wachsender Zusammenziehung bildeten sich Ringe und aus diesen wiederum Äquator, die den Monden der Planeten ihr Dasein gaben. In einem Falle haben sich solche Ringe bis heute erhalten, nämlich beim Planeten Saturn.

Diese Laplace'sche Theorie ist in ihren allgemeinen Zügen durchaus in Uebereinstimmung mit den Lehren der Mechanik, und darum auch jetzt noch in Geltung. Der einzige schwache Punkt in ihr ist die Abtrennung der Ringe und die aus den Ringen er folgende Kullung der Planeten, da es zweifelhaft bleibt, ob überhaupt eine solche Trennung als Ganzes stattgefunden habe und die Materie sich in eine einzelne Äquator zusammenziehen müßte oder nicht. Diese Frage ist in jüngster Zeit von dem amerikanischen Mathematiker A. R. Moulton einer strengen wissenschaftlichen Untersuchung unterzogen worden. Hierbei ergab sich, wie wir in der „Möln. Ztg.“ lesen, daß die nebelfleckige Materie sich kontinuierlich von dem Hauptball ablösen müßte, und Professor Moulton glaubt, daß die ursprüngliche Nebelmasse, aus der das Planetensystem sich bildete, eine spiralförmige Gestalt besaß. Die Laplace'sche Theorie ist also dahin zu ändern, daß statt starrer Ringbildungen auch Spiralformen des Urnebels anzunehmen wären.

Werkwürdiger Weise zeigen nun die neuen Photographien der kosmischen Nebelmasse, daß bei diesen die Spiralform außerordentlich häufig vorkommt. Professor Meier von der Vickerswerke, der sich mit dem Gegenstande vorzugsweise beschäftigt hat, bezeichnet es geradezu als eine Ausnahme, wenn ein kleiner kompakter Nebelfleck keine Spiralform erkennen läßt. Die Vergleichung der Gestalten einer Anzahl von Spiralnebeln ergab, daß dieselben im Allgemeinen dünne, flache Scheiben sind, die in den verschiedensten Stellungen gegen die Gesichtslinie der Erde liegen, einige sehen wir nur fast von der Seite, andere zeigen benahe die Fläche. Nicht selten kommen auch Spiralnebel vor, mit zwei getrennten Armen, ähnlich dem Buchstaben S. Die großen vorwählenden kosmischen Nebelmasse, wie der Ringnebel und andere, zeigen im Allgemeinen keine spiralförmige Struktur; auch manche kleine kompakte Nebel lassen die selbe nicht erkennen, was aber möglicherweise daher rührt, daß unsere Instrumente nicht kräftig genug sind, sie zu zeigen. Jedenfalls aber ist die Spiralform,

welche sie so häufig in einer bestimmter Klasse kosmischer Nebelmasse vorkommt, eine besondere Stufe der Weltbildung, die das Wirken einer Zentralkraft offenbart und als thatsächlicher Beleg für die Richtigkeit der Laplace'schen Theorie betrachtet werden darf.

Aber nicht nur die Nebelmasse, sondern auch die Fixsterne sprechen laut zu Gunsten dieser Lehre. Unsere Sonne ist heute noch im Zustande eines glühenden Gasballs, der einen in hoher Glut befindlichen Kern umschließt, von dem man vermutet, daß er infolge des ungleichen Druckes durch die überlagernden Schichten allmählich sinkt. Diese heutige Sonne ist der Kern und Hebel der Nebelmasse, aus welcher sich das gesamte Planetensystem gebildet hat, und ihr hohe Temperatur entzogen dem Ballungsakte selbst. Man braucht nicht gerade anzunehmen, daß der Urnebel, aus dem das Planetensystem entstand, schon eine sehr hohe Temperatur besaß; es genügt völlig, daß eine Materie bei mäßiger Wärme im Zustande hoher Verdichtung sich befand. Durch Zusammenziehung der Materie mußte sich deren Temperatur erhöhen und zuletzt ihren höchsten Grad in einem Stadium erreichen, das zeitlich zwischen dem der Bildung der Planeten und dem heutigen Zustande der Sonne liegt. Je nach ihrem Alter und den Verhältnissen des ursprünglichen Nebelflecks, aus dem sie entstanden sind, müßten daher die Fixsterne sich auf den verschiedenen Stufen einer gemeinsamen Entwicklungsreihe befinden, und dies ist nach Ausweis der Spektralanalyse wirklich der Fall. Nach den Untersuchungen von Vogel lassen sich die Spektren der Fixsterne in drei Hauptklassen gruppieren, welche deren Entwicklungsphasen kennzeichnen. Die Sterne der ersten Klasse befinden sich in höchstem Glühzustande und hierin gehören die weißen Sterne; die der zweiten Klasse haben niedrigere Temperatur, zu ihnen gehört unsere Sonne; bei den Sternen der dritten Klasse ist die Glühlichte schon zu weit gesunken, daß in ihrer Atmosphäre chemische Verbindungen der Stoffe sich bilden können, sie erscheinen als rote Sterne. Das ist der Anfang vom Ende ihrer Leuchtkraft; denn nunmehr beginnt die glühende Oberfläche sich allmählich mit Kohlen zu bedecken und der Stern geht dem Erlöschen entgegen, während in seinem Innern die Glühlichte sich noch während anmerklicher Zeitdauer erhalten kann. Unsere Erde hat die Entwicklungsphasen eben falls durchlaufen und es ist wahrscheinlich, daß der

Urban
des 2
Büro
Berom
stelle 9
Berlin
Antra
Verba
berien
nur ar
6
H. 3
Berlin
Berita
großer
projek
unter
Verba
nicht
gegen
und ei
Verfa
Berita
Mitgl
eingel
Berlin
Mitgl
Unter
an zu
Biblio
halten
Mäßig
Magin
Pewill
Arbeit
Weise
die de
erläut
einer
keit
Theile
Ergebn
die O
stern
familie
für un
eman
macht
Nebel
dieses
nicht
mathe
würde
beha
sam
durch
gelo
der 3
dann
hoch
folgt
wiede
ist na
nicht
nur
Zeit
über
ruga
stell
grün
die 2
wäre
fater
schon
erw
Sten
Weste
die 2
wäre
schon
deut
heit

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **H. Niesig, Berlin S., Urbanstraße 34.** Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Bruno Boersch, Berlin W. 57, Säulowstr. 21,** Gartenhaus, part. Sprechst. von 10—11 Uhr Vormittags. Sonn und Feiertags ist die Geschäftsstelle geschlossen. Verbandskassierer: **P. Vosselart, Berlin N. 58, Trossowstr. 48.** Alle Korrespondenzen, Anfragen etc., die den Verband betreffen, sind nur an den Verbandssekretär, alle Geldsendungen, mit Ausnahme derjenigen, welche für die „Gewerkschaft“ bestimmt, sind nur an den Verbandskassierer zu richten.

Geldsendungen für die „Gewerkschaft“ geben an **Hr. Boersch.**

Vorsitzender des Ausschusses: **P. Schulz, Berlin SO., Kaufherstr. 20.**

Bekanntmachung.

In Sachen der Statuten-Vorlage hat der Verbands-Vorstand folgendes beschlossen: In angelegter der großen Meinungsverschiedenheiten, die betrefft der projektierten Reorganisation des Unterstützungswesens unter den Verbandskollegen aufzuweisen sind, hält der Verbands-Vorstand gegenwärtig eine Urabstimmung nicht am Platze. Das Verbandssekretariat soll die gegen die Vorlage gemachten Einwände näher prüfen und eine neue Vorlage für die bevorstehende General-Versammlung des Verbandes ausarbeiten. Diese Vorlage soll rechtzeitig veröffentlicht werden, um den Mitgliedern genügend Gelegenheit zu geben, dieselbe eingehend diskutieren zu können.

Für den Verbands-Vorstand.

Hr. Boersch.

Schlichtung.

Für die Krankengeld Zuschüsse gingen von Berlin 1 b nicht 3, sondern 30 M. ein.

D. Dolling.

Versammlungen.

Berlin I (Wasanialt Müllerstraße). In der letzten Mitglieder-Versammlung wurde beschlossen, die Kranken-Unterstützung erst von der 5. resp. 7. Krankheitswoche an zu gewähren. Auch fasste man den Beschluss, eine Bibliothek anzuschaffen.

Berlin. In einer im Gewerkschaftshaus abgehaltenen zahlreich besuchten Versammlung nahmen die hiesigen Arbeiter Stellung gegen die von dem Berliner Magistrat am 20. April erlassene Verfügung betreffend Verwilligung von Sommerurlaub an die hiesigen Arbeiter. Der Referent Schmidt gab in eingehender Weise ein Bild von den Maßnahmen und Anordnungen, die der Magistrat bisher „im Interesse seiner Arbeiter“ erlassen, und unterzog insbesondere die letzte Verfügung einer scharfen Kritik. Es scheint, als wolle der Magi-

strat die ganze Rückständigkeit seiner sozialpolitischen Pflichten den hiesigen Arbeitern so stark als möglich vor Augen führen. Die Arbeiter seien es fast, sich immer wieder derartig behandeln zu lassen: wollen die Herren vom Magistratskollegium durchaus nicht die berechtigten Wünsche der hiesigen Arbeiter anerkennen, so müssen diese Forderungen erkaufte werden. Daß es dabei an moralischer Unterstützung nicht fehlen wird, beweise die Stellungnahme der Berliner Presse. Neben dem „Vorwärts“ sind es eine Anzahl bürgerlicher Blätter, welche die geradezu lächerlichen Zugeständnisse der Stadt ganz entschieden verurtheilen. Bevor jedoch weitere Schritte unternommen werden, sei es noch wenig, die Ansicht des Stadtverordneten-Kollegiums in dieser Beziehung zu hören, und ersucht Redner, neben einer Protest-Resolution, die die erlassene Verfügung des Magistrats entschieden zurückweist, eine dahingehende Resolution an die Stadtverordneten-Versammlung zu senden, um endlich einmal klar zu sehen, ob die große Mehrheit der Vertreter der Bürgerschaft sich auch von den eingehrigen Forderungen des Magistrats leiten läßt. In der darauffolgenden regen Diskussion wurden von allen Seiten die Angaben des Referenten bekämpft und noch ergänzt. Besonders wurde der von dem Referenten vorgeschlagene Weg, den Stadtverordneten die Entscheidung zu überlassen, mit Verfall begründet, um die häufig seitens der bürgerlichen Parteien betonte Arbeiterfreundlichkeit kennen zu lernen; denn bisher waren es nur die sozialdemokratischen Stadtverordneten, welche für die Forderungen der hiesigen Arbeiter eingetreten sind. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Der ergebenst unterzeichnete Vorstand, sowie die Vertreter der in den hiesigen Betrieben bestehenden Arbeiterausschüsse — beauftragt von über 2000 im Gewerkschaftshaus versammelten hiesigen Arbeitern — richten an das hiesige Stadtverordneten-Kollegium die höchste Bitte, die Änderung der von dem Magistrat unter dem 20. April d. J. erlassenen Urlaubs-Verfügung für hiesige Arbeiter gützig veranlassen zu wollen. Die Unterzeichneten erblicken in der eventuell zu gewährenden Urlaubspause nach erst zehnjähriger Dienzeit — die häufig dadurch noch illusorisch gemacht wird, daß man den einzelnen Dienststellen die Entscheidung der Verwilligung überläßt — Zugeständnisse, die nicht im entferntesten den hygienischen und sozialen Ansprüchen genügen. Die ungemein intensive und körperlich schwere Arbeit, wie sie in den meisten Betrieben der Stadt zu finden ist, bedingt die körperliche Anstrengung im hohen Maße und erfordert gebieterisch eine Erholung des Körpers. Schon heute sind eine Anzahl Arbeiter gezwungen, sich zwecks Stärkung ihrer Muskeln und Nerven bei der Betriebs-Krankenkasse arbeitsunfähig zu melden. Dieser ungewünschte Zustand, welcher die Krankenkasse wesentlich belastet und auch Arbeitern Gelegenheit bietet, gegen die guten Sitten zu verstoßen, kann nur beseitigt werden, wenn jedem hiesigen Arbeiter, sofern er ein Jahr im Betriebe sich befindet, eine kurze Erholungs-pause durch Gemeindebeschluß gewährleistet wird. Wir erhoffen daher von dem hohen Kollegium die allseitige Anerkennung der Berechtigung unserer hier geäußerten Wünsche und bitten gleichzeitig um eine dahingehende gütige Beschlusfassung.

Breslau. Die Gemeinde Arbeiter waren am Dienstag im Gewerkschaftshaus versammelt, um zunächst zu der Maßregelung des Kohlegiers Prieger Stellung zu nehmen. Der Sekretär des Verbandes der Gemeinde Arbeiter, Boersch aus Berlin, welcher über die Maßregelung referierte, führte folgendes aus: Fortgesetzt hätten in letzter Zeit unsere Aufsichtsorgane und Betriebsbeamte während der Dienzeit gegen den Verband der Gemeindearbeiter agitiert. Nicht nur die Vertreter des Verbandes seien oft in sehr schmerzlicher Weise herabgelassen worden, sondern die Arbeiter wären auch wiederholt mit Entlassung bedroht worden, falls sie nicht der Organisation der Rüden lehren. Insbesondere habe sich der Polier Adler vom Gaswerk hierin ausgezeichnet. Dieser Herr, welcher nach den Angaben der Arbeiter ein harter Trinker sein soll, soll fortgesetzt während der Dienzeit auf den Verband geschimpft haben. So auch wieder am 10. März d. J. Der Kohlegier Prieger, welcher Vorsitzender der hiesigen Aulale des Gemeindearbeiter Verbandes ist und der unter der Leitung von Adler arbeitete, hat sich dann die fortgesetzten Schimpereien verbeten und den Herrn Polier gebieterisch in die Schranken gemeldet. Dieses hatte keine Entlassung zur Folge. Der Betriebsinspektor Trendler sagte bei seiner Entlassung: Sie sind ein großer Dezer, und daher werden Sie entlassen. Prieger wandte sich nun beiderweise führend an den Magistrat, dieser aber lehnte seine Wiederernennung ab. Unbeachtet eine Maßregelung vor, die zwar nicht auf Veranlassung der höheren hiesigen Behörden erfolgt ist, sondern auf Machination von unseren Betriebsbeamten zurückgeführt werden muß. Die hiesigen Behörden seien aber ganz besonders verächtlich, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu verpettern, weshalb die Wiederernennung des Gemah regelten erfolgen müsse.

In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner dahingehend aus, daß die Entlassung Priegers als Maßregelung anzusehen sei, und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die versammelten hiesigen Arbeiter erblicken in der Entlassung Priegers eine Maßregelung, die auf Verpetren von unseren Aufsichtsorganen und Betriebsbeamten infolge der gewerkschaftlichen Thätigkeit des Entlassenen erfolgt ist.

Sie und der Meinung, daß sie in der traglichen Sache gefühlte Unterstützung nicht erachtet war, den wahren Sachverhalt öffentlich bekanntzugeben.

Der Betriebsinspektor Trendler, welcher die Unterbindung führte, hat zu Prieger bei seiner Ent-

lassung gesagt: „Sie sind ein großer Dezer, deshalb werden Sie entlassen.“ Er ist also bei der Maßregelung als Beteiligter zu betrachten und daher auch nicht geeignet, eine wirklich unparteiische Untersuchung zu führen.

Die Versammelten hoffen deshalb, daß der Magistrat eine neue, wirklich unparteiische Untersuchung führen und Prieger wieder entlassen wird.

Die Versammelten richten ferner an den Magistrat das Ersuchen, eine Verfügung erlassen zu wollen, die allen Beamten und Aufsichtsorganen verbietet, sich in die gewerkschaftlichen Betreibungen der Arbeiter hineinzuweisen, und die es ihnen untersagt, während der Dienzeit mit den Arbeitern dieherhalb Reden zu führen.

Die Versammelten geben sich der Hoffnung hin, daß der Magistrat den geäußerten Wünschen baldigst Rechnung trägt, damit die fortgesetzten Eingriffe von Beamten und unteren Aufsichtsorganen in das Vereinigungsrecht der Arbeiter endlich unterbleiben.“

Dann kam man noch auf die Petitionen zu sprechen, die im Dezember des vorigen Jahres an die Direktion der Gas-, Elektrizitäts- und Kanalisationswerke gerichtet wurden. Auf diese Petitionen, welche eine Verbesserung der Lohn und Arbeitsverhältnisse verlangte, ist bisher irgend welcher Bescheid nicht erfolgt. Die Versammelten beschließen, bei den in Frage kommenden Verwaltungen anzusprechen, ob sie sich mit den geäußerten Wünschen der Arbeiter beschäftigen, oder diese gütlich abgelehnt worden wären.

Unter „Verchiedenes“ erhob ein Herr Schäfer, der früher als Diätar bei den Gaswerken beschäftigt war, eine Reihe schwerer Verbaltdelicten, auch krimineller Art, gegen die Verwaltung der Gaswerke. — Wir können dieselben nicht wiederholen, da wir nicht in der Lage wären, dieselben mit Beweisen belegen zu können.

Chemnitz. In einer mäßig besuchten Versammlung der Gemeindegewerkschaft hielt am 30. Mai Redakteur Kühle einen 11. hündigen Vortrag über: „Die gewerbliche Kinderarbeit“, der sehr beifällig aufgenommen wurde. Redner gab zunächst einen kurzen Überblick über die Entwicklung der deutschen Kinderbeschäftigung und ging des Näheren auf die Ergebnisse der 1888 er Erhebungen über den Umfang der gewerblichen Kinderarbeit ein, um sich sodann mit den Schriften des Lehrers Agad. Kizdorf und des Schuldirektors Tzypmann-Chemnitz zu beschäftigen. Redner besprach Redner den neuen Gesetzentwurf zur Regelung der Kinderarbeit, legte dessen Vor- und Nachteile dar, beleuchtete die Stellung der Parteien bei der Verabreichung des Gesetzentwurfs im Reichstage und wies zum Schluss darauf hin, daß sich eine Vereinfachung der Kinderarbeit endgültig nur durchführen lasse im engsten Zusammenhang mit Erfüllung der auf bessere Lohn und Arbeitsverhältnisse hinielenden Arbeiterforderungen, die ihre energischste Vertretung allein in den Organisationen finden.

In der Diskussion theilte der Vollollmächtigte noch mit, daß in nächster Zeit eine Protestversammlung gegen die bürgermeisterliche Kammerrede veranstaltet werden solle, um der Öffentlichkeit zu zeigen, welche Löhne die Stadt Chemnitz als Arbeitgeberin ihren Arbeitern zahlt.

Leipzig. In der am 22. Mai abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Schleusenräumer erstattete der Arbeiterausschuß Bericht über die Verhandlung betreffs Abschaffung der 11. Arbeitsstunde unter Verbeibehaltung des jetzigen Wochenlohnes. Die Deputation des Tiefbauamtes hat einen abschlägigen Bescheid erteilt und zwar mit der Begründung, daß in kürzester Zeit bereits viel für die Arbeiter dieses Ressorts gethan worden sei. Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich dahin aus, daß man schon aus Gesundheits-Rücksichten die Arbeitszeit verkürzen müsse, da doch nach neuerer Einrichtung die Schleusenräumer die meiste Zeit in der Schleiße zubringen müssen, was früher nicht der Fall war. Eine Resolution, welche besagt, daß der Arbeiter ausnahmslos nochmals über die Abschaffung der 11. Stunde verhandelt und bei abschlägigem Bescheid mit einer Petition an den Rath und die Stadtverordneten treten soll, fand einstimmige Annahme. Ferner wurde der Arbeiterausschuß beauftragt, bei der Verwaltung anzufragen, ob es zuträglich ist, daß Arbeiter, welche 2 Mal im Jahre erkranken, sich nach anderer Arbeit umsehen sollen. Ueber die Angelegenheit des Aufsichters Schmidt werden wir später noch berichten; vorläufig sei diesem Herrn angerathen, sich um seine dienstlichen Angelegenheiten zu kümmern und nicht zu versuchen, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu unterdrücken.

Notterdamm (Holland). Der Landesverband der im Gemeindegewerkschaften beschaffigten Arbeiter hielt seine zweite allgemeine Jahresversammlung zu Notterdamm ab. Der Verband zählt in 10 Abtheilungen 200 Mitglieder. Es wurde beschlossen, mit allen geistlichen Mitteln den Abtrittentzug für die in Gasanstalten beschäftigten Arbeiter zu erwirken; ferner die Auszahlung des Arbeitslohnes in Krankheitsfällen und bei Invalidität auch an die nicht fortanstellten Arbeiter im Gemeindegewerkschaften zu fordern. Des Weiteren wurde beschlossen, daß der Bund kräftig für Bekämpfung der Trambahn agitieren soll. Mit 21 gegen 1 Stimmen wurde beschlossen, die Statuten für das allgemeine Wahlrecht in das Statut aufzunehmen.

Aus den Gemeinden.

Das Berliner Stadtverordneten-Kollegium beschloß sich in seiner Sitzung vom 7. Juni mit den Entschlüssen der sozialdemokratischen Fraktion betriebsdes 8. bis des 10. hiesigen Gewerkschaften. Wir haben dieselben bereits in der vorigen Nummer zum Abdruck gebracht. Bekanntlich wurden diese durch die liberale Mehrheit abgelehnt und die Stellungnahme des Magi-

keit ihrer ebenfallsigen Blut noch in ihren zentralen Theilen schlummert und den Urquell der vulkanischen Erdbeben bildet.

So verknüpft die Laplace'sche Weltbildungstheorie die Haupterscheinungen, welche die Nebelketten, die Sterne und Planeten darbieten, bis herab zu den vulkanischen Vorkommnissen unserer Erde in ungezogenener, für unseren Verstand völlig befriedigender Weise mit einander. Man hat der Theorie um den Einwurf gemacht, sie erkläre nicht die Herkunft des ursprünglichen Nebelkessels, von dem sie ausgeht. Laplace war sich dieses Umstandes wohl bewußt, aber er hat mit Absicht nicht weiter zurückgegriffen, um das Gebiet der mechanisch-mathematischen Betrachtung nicht zu verlassen. Heute würde man, gestützt auf die mechanische Wärmetheorie, behaupten können, daß jener Urnebel infolge des Zusammenfalls mehrerer Weltkörper entstanden sei, was durch deren gesammte Materie in allühenden Dunst aufgelöst werden müßte. Es ist wohl möglich, daß dies in der That der Fall war und die Weltbildung soeben dann also einen Kreislauf: einen weit verbreiteten Nebelhauch bis zur Entstehung von Sonne und Planeten, hierauf allmähliches Verfallen derselben und zuletzt in Folge des Zusammenfalls mit anderen Weltkörpern wiederum die Bildung eines Nebelkessels.

Eine einzige Wiederholung dieses Kreislaufs aber ist nach dem gegenwärtigen Standpunkt der Wissenschaft nicht möglich, die Bewegungsgenerale jedes Weltkörpers muß vielmehr endlich erlöschen, indem sie sich mit der Zeit völlig in Wärme verwandelt, die sich gleichmäßig überallhin vertheilt. Das ist ein notwendige Folge aus der mechanischen Wärmetheorie und der Vorstellung, daß die Menge der Materie nicht unendlich groß, der Raum aber unendlich ist. Anders würde sich die Sache gestalten, wenn der Raum nicht unendlich wäre oder wenn das, was wir infolge unserer Vorgestellten als Raum uns vorstellen, lediglich eines Gleichen ist der Materie wäre, also außerhalb derselben nicht erünte; in diesem Falle könnte wohl auch ein endloser Kreislauf der Weltbildung möglich sein. Solchen Gedanken nachzugehen gemäß dem menschlichen Verstande ein eigenenthümliches Vergnügen, aber wir dürfen nicht vergessen, daß wir uns damit auf das Gebiet physischer Spekulationen begeben, die, wenigstens in dieser Richtung, der wissenschaftlichen Sicherheit ermangeln.

irats mit ganz geringfügigen Abänderungen gutgeheißen. Auch Herr Goldschmidt, der Redakteur des „Dückerischen Gewerkevereins“, erklärte sich mit den Beschlüssen des Ausschusses einverstanden und lobte die liberale Haltung des Magistrats seinen Arbeitern gegenüber. Das ist wirklich stark! Die Berliner Stadtverwaltung gilt auf dem Gebiete der kommunalen Arbeiterpolitik als äußerst rückständig; selbst Zeitchriften, wie die „Soziale Praxis“, betonen dieses ständig. Der freimüthige Arbeiterführer Goldschmidt dagegen hat nur Lob für den Berliner Magistrat. Das ist echt Dückerisch! Der Charlottenburger Magistrat zahlt 3. 2. seinen Arbeitern in Krankheitsfällen 26 Wochen hindurch den halben Lohn weiter, der Berliner Magistrat dagegen will nur für 4 resp. 6 Wochen die Differenzen zwischen Krankengeld und Lohn zur Auszahlung bringen. Und da preist Herr Goldschmidt noch im Stadtorde neten Kollegium die große Arbeiterfreundlichkeit des Berliner Magistrats!

Die Bestimmungen des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs lauten jetzt nach dem Reichsbeschlusse des Stadtorordneten Kollegiums folgendermaßen:

1. Die Rechtsverpflichtung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, der kein zwingendes, sondern nachgiebiges Recht bildet, ist durch die Arbeitsordnung oder den sonstigen Dienstvertrag auszuwickeln.
2. In Fällen unverschuldeter Krankheit ist der Lohn stets nur nach Abzug des Krankengeldes und in der Regel nicht länger als 4 Wochen zu gewähren. Falls der Arbeiter seit länger als 1 Jahr im häuslichen Dienste sich befindet, ist der Lohn mindestens für einen Zeitraum von 6 Wochen zu gewähren.
3. In Fällen der militärischen Einziehung zu den 12 bis 14 Tage währenden Landwehrrübungen ist der Lohn nach Abzug der reichsgesetzlichen Unterhaltungen fortzusetzen. Bei derartigen Rekruten, welche über zwei Jahre im häuslichen Dienste stehen, erhalten bei längerer Friedensübungen während 4 Wochen die Hälfte ihres Lohnes.
4. In allen anderen Fällen bleibt es der zuständigen Verwaltungsbehörde überlassen, für eine nicht erhebliche Zeit der Dienstverpflichtung den Lohn oder das Gehalt fortzusetzen.
5. Bei denjenigen Bediensteten, welche neben dem Lohn noch Kost und Wohnung erhalten, wie Wäiter und Wäiterinnen in Kranken und anderen Anstalten, Hausdiener, Mägde u. s. w., bevorzucht es in Krankheits- und Urlaubsfällen bei den zur Zeit in Urlaub befindlichen Grundbesitzern.

Herr Garbe in Cassel sucht in dem dortigen „Volkblatt“ sein Vergehen gegen unsern Verband zu rechtfertigen, was ihm natürlich nicht gelingt. Er theilt unter Anderem mit, daß das Casseler Gewerkschaftsamt, dessen Vorsitzender er ist, beschließen habe, die häuslichen Arbeiter hätten sich dem Verbandsverbande der nicht-gewerlichen Arbeiter anzuschließen. Wenn Herr Garbe auch nur ein bißchen mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung vertraut wäre, so müßte er wissen, daß die Gewerkschaftsamtstelle gar nicht die Kompetenz besitzen, derartige Beschlüsse zu fassen. Unser Verband ist der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angegeschlossen, und daher heißt auch das Casseler Kartell gar nicht das Recht, darüber zu entscheiden, ob wir in Cassel zugelassen sind.

Daß die Zeitung des Casseler Kartells sich Rechte anmaßt, die ihm gar nicht zugehen, und eine bedenkliche Neigung zum Größenwahn dorthin vorhanden sein muß, geht auch aus folgender Karte hervor, die Garbe an den Genossen Babeland schrieb, welchen wir beauftragt hatten, eine Berichtigung für die häuslichen Arbeiter zu arrangiren. Die Karte lautet:

„Wer hat Dir den Auftrag erteilt, die Versammlung einzuberufen? Von der Agitationskommission des Gewerkschaftsamtstelle ist beschlossen, daß die häuslichen Arbeiter dem nächstgeordneten Arbeiterverband zugeführt werden sollen. Infolge dieses Beschlusses halte ich die Verbreitung der Flugblätter für überflüssig.“

Diese Karte zeigt wieder einmal zur Genüge, daß es noch immer Kartelle giebt, die sich in Dinge hineinmischen, welche gar nicht in ihren Wirkungskreis hinein gehören. Das ist allerdings bei dem Casseler Kartell nichts Neues; wurden doch erst kürzlich auf der Generalversammlung des Holzarbeiter-Verbandes ähnliche Uebergriffe desselben icht getadelt. Wir verbieten uns daher, daß das Casseler Kartell in Dinge einschreibe, die nicht zu seiner Kompetenz gehören. Das Casseler Kartell muß sich um Sachen kümmern, die den örtlichen Kartellen durch die Beschlüsse der Gewerkschaftsamtstelle zugewiesen wurden.

Wenn unter den häuslichen Arbeitern Cassels Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Organisations-Ausschlusses herrschen sollten, was aber meines Wissens noch nicht der Fall ist, so hätten immer nur die häuslichen Arbeiter darüber zu entscheiden, welchem Verbandsverbande sie beitreten wollen und nicht das Casseler Kartell.

Welch schöne Ziele Herr Garbe anstrebt, geht unter Anderem auch aus Folgendem hervor. Er schreibt in seiner erwähnten Rechtfertigung: „Am nun die großen Ausgaben von Berlin nach Cassel zu rechtfertigen, hat man dem obenstehenden Artikel geschrieben: „Also auf die nächsten Monate verweisen Sie, Herr Garbe, bei dieser Angelegenheit.“ Sie sollten sich bei der „Fort“ oder einem anderen Zeitungsabonnenten um eine Reduktion bemühen, da würden sie Ihre Angelegenheit ausserordentlich gut anbringen können.“ Was fällt Ihnen denn überhaupt ein, verehrter Herr?

Wenn die Ausgaben, welche wir machen, entscheidet lediglich unsere Organisation, da haben Sie gar nicht mit hineinzukommen.

Auch die Bestimmung, daß Herr Garbe in die Organisation einbezogen werden soll, ist ein unannehmliches Vergehen. „Was ist ja wahrhaftig...“

rührend! Erst wollen Sie uns aufreizen und dann verrichten Sie Hausdienerbienste für uns?! Hoffentlich senden Sie uns baldigst die Quittung für Ihre geleisteten Dienste ein; wir sind als Arbeitgeber höchst antündig und bezahlen gut.

Dann beihwert sich Herr Garbe auch über unsern Lohn. Sie wollen also noch mit Glacehandschuhen angesetzt werden?! Erst setzen Sie sich hin und dekretiren wie der Zar: „der Gemeinbedarfer Verband wird in Cassel nicht zugelassen“, dann nehmen Sie uns die Versammlungszettel weg und erklären: „Vorrich darf nicht zu Gunsten des Gemeinbedarfer-Verbandes sprechen“, und dann sollen wir Sie noch samt behandeln! Lassen Sie sich nur nicht ausladen!

Gemeindliche Wohnstatistik in Königsberg. Die Stadtverordneten von Königsberg i. Pr. beschließen am 13. Mai, dem Magistrat in Erwägung zu geben, statutarische Erhebungen über alle in Königsberg anständige und so weit als möglich auch an andere Arbeiter bezahlten Löhne anzustellen und das Ergebnis der Erhebungen des statistischen Amtes zum Zweck einer all gemeinen Statistik über die Lohn und Arbeitsverhältnisse städtischer Arbeiter in deutschen Städten mitzutheilen.

Griestkasten.

W. in Bremen. Im Eingekandt zur Frage des Einheitslohnes haben wir erhalten, wir können dasselbe aber erst in einer der nächsten Nummern bringen. Ueberzeugt haben Sie uns aber durch ihre Ausführungen nicht. Wäre Ihr Standpunkt richtig, so müßten die sozialdemokratischen Stadtorordneten überall eine falsche Taktik befolgen und nur die liberalen Mitglieder der Gemeinde Kollegien würden die Interessen der städtischen Arbeiter wahren. Das aber werden Sie doch wohl nicht behaupten wollen. Gruß Hr. Vorrich.

Versammlungs-Anzeiger.

- Stätten, die ihre Beria mit uns regelmäßig an bestimmten Tagen abhalten, können bei uns unter dieser Rubrik bekannt geben. — Anzeiger können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.
- Berlin I. (Anhalt-Rückertstr.) 3. Juni, Abends 8 Uhr, Paterwölfe-Str. 3.
 - Berlin Ia. (Am alt-Tanzler Straße) Alle 3 Wochen am Dienstag bei Herrn, Brechtler oder Herr, Abends 8 Uhr.
 - Berlin Ib. (Kantstr. 41) 2. Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr.
 - Berlin II. (Kantstr. 41) 2. Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr.
 - Berlin III. (Kantstr. 41) 2. Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr.
 - Berlin IV. (Kantstr. 41) 2. Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr.
 - Berlin V. (Kantstr. 41) 2. Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr.
 - Berlin VI. (Kantstr. 41) 2. Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr.
 - Berlin VII. (Kantstr. 41) 2. Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr.
 - Berlin VIII. (Kantstr. 41) 2. Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr.
 - Berlin IX. (Kantstr. 41) 2. Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr.
 - Berlin X. (Kantstr. 41) 2. Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr.
 - Berlin XI. (Kantstr. 41) 2. Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr.
 - Berlin XII. (Kantstr. 41) 2. Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr.
 - Berlin XIII. (Kantstr. 41) 2. Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr.
 - Berlin XIV. (Kantstr. 41) 2. Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr.

- Freiburg. 15. Juni, Freitag, 6. Abends 7 Uhr.
- Hamburg. Mitglieder-Versammlung jeden dritten Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 2. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 3. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 4. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 5. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 6. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 7. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 8. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 9. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 10. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 11. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 12. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 13. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 14. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 15. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 16. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 17. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 18. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 19. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 20. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 21. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 22. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 23. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 24. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 25. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 26. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 27. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 28. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 29. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 30. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr. 31. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr.

Achtung, Filiale Berlin III. (Wasserwerksarbeiter.)

Die nächste Mitglieder-Versammlung findet Sonntag, den 22. Juni, Vormittags 9 1/2 Uhr, Grenadierstr. 33, statt. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Leipzig.

An Gelder zur Deckung der Unkosten für Erstauswahl gingen ein: Gesamtamt 1.200 Mk., Schlachthof 5.200 Mk., Lagerhof 2.550 Mk., Schleienräumer 6.900 Mk., Tiefbau beidseit. Arb. 9.760 Mk., Martell 1.050 Mk., Summa 36.560 Mk. Für die gemachten Verbandskollegen: Gesamtamt 1.845 Mk., Gesamtamt 1.10.25 Mk., Lagerhof 4.15 Mk., Tiefbau beidseit. Arb. 8.35 Mk., Schleienräumer 2.90 Mk., Summa 43.80 Mk. Burthardt.

Mannheim IV.

Am 21. Mai verstarb plötzlich infolge eines Anginalschlages unser teurer Kollege und Mitbegründer unserer Aitale Christian Becker. Wir werden dem Verstorbenen jeder Zeit ein treues Andenken bewahren. Der Vorstand.

Hamburg.

Am 30. Mai verstarb nach kurzer Krankheit unser Kollege Willy Schütze im Alter von 44 Jahren (Sehe seinem Andenken!) Der Vorstand.

Filiale Hamburg.

Mittwoch, den 18. Juni 1902, in der „Leffinghalle“, (Gänsemarkt):

Mitglieder-Versammlung.

Zwecksetzung: Wahl eines Hauptassistenten für die Aitale. Erziehung von Revisoren. Agitations- und Organisationsangelegenheiten. Die weiteren Punkte der Tagesordnung werden in der Versammlung bekannt gegeben. Der Vorstand.

Vororts-Versammlung

für Reihensburg, Feddel, Kothenburgsort und Hammerbrook an jedem vierten Donnerstag im Monat diesseit am 26. Juni Abends 9 Uhr, im Kothenburgsorter Tiwoli.

Achtung!

Verband aller in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten.

Verwaltung Berlin.

Das Sekretariat der vereinigten Aitale Berlins und Umgegend befindet sich

W. 57. Bülowstr. 21, Gartenhaus pt.

Telephon: Amt IX, Nr. 6488.

Zusprechstunden: Wochentäglich Vormittags 11 1/2 Uhr, Mittwoch Abends 6 1/2 Uhr. Auskunft in allen Angelegenheiten des Arbeitsverhältnisses und der Arbeiterversicherung sowie Ausfertigung von Zeugnissen jeder Art für Gesuche, Ansprüche, Pensionen etc. für unsere Verbandsmitglieder. Zeitschriften, welche sich auf die örtlichen Verhältnisse Berlins und Umgegend beziehen, sind an den Sekretariat des Vereins, Herrn. Schubert, zu richten.